

# JES Bundesweites Netzwerk

Wilhelmstr 138  
10 963 Berlin  
Tel.: 030 / 69 00 87 56  
Fax: 030 / 69 00 87 48  
E-Mail: jes-sprecherrat@yahoogroups.com

## Pressemitteilung des bundesweiten JES Netzwerk - Junkies, Ehemalige und Substituierte und JES NRW vom 10.10.2009 zum Wahlprogramm der Linkspartei für die Landtagswahl 2010 in NRW

### "Die aktuelle Prohibition nützt nur den Mafias!"

JES NRW und das bundesweite JES Netzwerk als überparteiliche Interessenvertretung Drogen gebrauchender Menschen unterstützen die Aussagen im aktuellen Wahlprogramm der Partei "Die Linke" für NRW, die sich auf eine Änderung der gegenwärtigen restriktiven Drogenpolitik beziehen.

Der weltweite "War on Drugs" gilt unter Fachleuten schon lange als gescheitert. Mit Verboten lässt sich der Konsum illegalisierter Drogen offenkundig nicht wirksam steuern oder gar verhindern. Dies wird schon seit Jahrzehnten erfolglos versucht. Der Konsum illegalisierter Drogen wächst insgesamt dennoch ständig.

Mathias Häde vom Landesverband JES NRW erklärt dazu: "Durch eine schrittweise und geregelte Legalisierung würde der Drogenmarkt nicht, wie fälschlicher Weise gern und oft propagiert, völlig außer Kontrolle geraten. Nein, das exakte Gegenteil tritt ein. Eine Legalisierung unter strengen Auflagen brächte uns genau diese Kontrolle von Qualität der Substanz und z.B. des Alters von Konsumenten. Beim gegenwärtigen Schwarzmarkt hingegen ist dies nicht der Fall!"

Hier hat sich die Linkspartei in NRW mit ihrer aktuellen Forderung nach einem "Recht auf Rausch", nach Auffassung von JES sinnvoll positioniert, wie Bundessprecherin Claudia Schieren für das bundesweite JES - Netzwerk unterstreicht. Einzig unter legalen Bedingungen kann ein eigenverantwortlicher und mündiger Umgang mit psychotropen Substanzen erlernt werden.

Bisher illegalisierte Drogen sollten in Fachgeschäften von speziell geschulten Fachverkäufern und unter strengen Auflagen an Volljährige verkauft werden, denn die gegenwärtige Prohibition nützt nur den organisierten, kriminellen Strukturen.

Da ein Großteil derzeit Inhaftierter aus Drogenkonsumenten besteht, die lediglich aufgrund von Delikten inhaftiert sind, welche in direkten Zusammenhang mit dem Konsum stehen (Besitz, Erwerb, Handel etc.) könnten die Kosten für unnötige Inhaftierung reduziert werden. Zudem könnte sich der geplante Neubau von Gefängnissen erübrigen, und auch dadurch würden der Allgemeinheit enorme Kosten erspart bleiben, fasst Claudia Schieren abschließend die Position von JES zusammen.

Kontakt JES NRW:  
Mathias Häde  
mhaede@jesbielefeld.de  
0521 - 3988666